

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

In Vertretung: Ernst Mandisch.

33. Jahrgang.

No 132.

Erscheint jeden Sonntag Abends 6 Uhr für den  
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,  
zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonnabend, den 11. Juni.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenom-  
men und beträgt der Preis für die gefaltene Zeile  
über deren Raum 15 Pfennige.

1881.

Wetter-Prognose für Sonnabend, 11. Juni: Vollig, zeitweis etwas aufklärend, Temperatur wenig verändert, keine wesentlichen Niederschläge, oder ganz trocken.

## Das neue italienische Ministerium.

Die Italiener sind über ihr neues Ministerium nicht entzückt; die Bewillkommungs-Artikel in den Zeitungen und der kühle Empfang, welcher Herrn Depretis und seinen Kollegen in der Kammer geworden, beweisen das zur Genüge. Man läßt sich aber einstweilen die neue Regierung gefallen, weil man keine andere haben kann.

Aus den bisherigen Kundgebungen geht hervor, daß in der innern Politik an dem bisherigen Programm der verschiedenen Ministerien der Linken festgehalten werden wird, und daß man in Bezug auf äußere Angelegenheiten vorläufig klüglich jeder ausgesprochenen Meinungsäußerung aus dem Wege zu gehen entschlossen ist, um den Unterschied zwischen dem Partei-Ideal und der unerbittlichen Logik der Thatsachen nicht vor aller Welt offenkundig darzulegen. So wurde über die tunesische Angelegenheit vorsichtig hinweggeschwiegen. Garibaldi muß es sich fortan gefallen lassen, als der allein Schuldige dafür herzuhalten, daß die italienischen Ansprüche durch das Vorgehen Frankreichs so klüglich zu Schanden geworden sind. Dieser Ausweg ist recht bequem, vor Allem aber schmeichelt er der nationalen Eitelkeit. Man braucht sich da nicht einzugesuchen, daß das Königreich überhaupt nicht in der Lage gewesen wäre, Frankreich in den Arm zu fallen und den Gang der Ereignisse an der karthagischen Küste zu hemmen, wenn auch Humbert's Minister des Auswärtigen noch so energisch protestirt und selbst einen Krieg gewagt hätte, um seinen Protesten den nöthigen materiellen Nachdruck zu geben. Es ist da auch nicht nöthig, zu bekennen, daß Italien mit seinem Völkerhunger und seiner Sucht nach „Kompensationen“ nachgerade das Mißtrauen aller Nationen erregt habe und daß es seinen konsequenten Anstrengungen geglückt sei, im Verlaufe der letzten Jahre die wohlwollenden Sympathien zu zerstören, mit denen das ganze gebildete Europa die politischen und materiellen Fortschritte des neuen hesperischen Nationalstaates anfänglich gefördert hat; daß heute an Stelle der früheren Wohlwollens mißtrauische Vorsicht getreten ist; daß man die Italiener als unsichere Gesellen betrachtet, die in weit höherem Grade, als der gesunde Egoismus eines jeden Staates dies erheischt, ihre auswärtige Politik nach augenblicklichen Vortheilen einrichten, und daß sie diese Vortheile nicht in der Sicherung und Konsolidierung des gegenwärtigen Bestandes, sondern in einer Erweiterung, sei es wo immer und auf wessen Kosten immer, erblicken.

Dieses Mißtrauen wird nicht gemindert werden durch die ganz außergewöhnliche Sorgfalt, welche Parlament und Regierung neuerdings den Heeres-Angelegenheiten zuwenden. Obwohl der Militär-Aufwand in Italien schon jetzt ein erklecklich hoher ist und außer Verhältniß steht mit der Finanzkraft des Landes, wurde doch während der Tage der Ministerkrisis noch ein Uebrigtes zu thun beschlossen, um künftigen Ereignissen gegenüber das Beste zu halten. General Mezzacapo, der Ministerkandidat jener nationalen Politiker, welche den Einfluß des Königreiches auch nach außen hin mit Nachdruck zur Geltung bringen und lukrativ verwerthen möchten, ist bei den Beratungen des neuen Regierungs-Programmes allerdings mit seiner Forderung eines Extraordinariums von 400 Millionen Franks für Rüstungszwecke durchgefallen, dafür hat aber General Ferrero, der nun statt seiner das Kriegsministerium übernommen, wenigstens die Hälfte dieser Forderungen durchgesetzt. Depretis hat in der Kammer mit der Ankündigung dieser außerordentlichen Geldforderung nicht, wie das anderswo der Fall sein würde,

Widerspruch hervorgerufen, vielmehr war diese Stelle seiner Einführungsrede die einzige, welche von allen Seiten des Hauses übereinstimmend mit lautem Beifall begrüßt worden ist, nachdem schon früher die Zurückweisung der Forderung Mezzacapo's in den Klubs und Journalen einer scharfen und abfälligen Kritik unterzogen worden war.

Hierin liegt auch ein gut Stück politisches Programm, das insbesondere die Aufmerksamkeit der Nachbarn regen zu halten geeignet ist. Wohl werden stets offiziell und formell die Präntionen der Aktionspartei nach „Kompletierung des nationalen Gebietes“ abgeleugnet, thatsächlich aber zählt eigentlich die ganze Nation zu dieser Partei. Deshalb sind auch Regierung und Parlament bemüht, die Wehrkraft des Königreiches auf einen Stand zu bringen, welcher bei günstiger Gelegenheit, bei einer für vortheilhafte Allianzen geeigneten Konstellation es möglich machen soll, die Träumereien des nationalen Größenwahnes zu verwirklichen. Das tunesische Fiasco hat auf denselben nicht ernüchternd gewirkt, vielmehr allerlei Revanchegelüste wachgerufen. Wohl hat der Italiener die Faust nur im Sacke gehalten, als General Breard dem Ven den Schutzvertrag diktierte, gleichzeitig hat er aber auch das Raufmesser in der Scheide gelockert, um auf den allerersten Rivalen loszufahren, welcher seinen rechten Arm wider einen anderen Feind brauchen muß.

## Tageschau.

Freiberg, 10. Juni.

Im Reichstag fand die dritte Berathung der Zinnungs-Novelle zur Gewerbeordnung statt. In der Generaldebatte erklärte sich Abg. Baumbach gegen die Zwangszinnung. Abg. Freiherr v. Hertling trat für die Vorlage ein. Abg. Löwe (Berlin) bekämpfte dieselbe, weil sie in ihren Konsequenzen zu weiteren reaktionären Änderungen der Gewerbeordnung führen werde. Abg. Freiherr von Münnigerode akzeptirt den Entwurf, will ihn aber dahin erweitert wissen, daß das Halten von Lehrlingen nur den Zinnungsmitgliedern zustehen. Abg. Vötlicher wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. v. Münnigerode und plädirt gegen den Zinnungszwang. Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen. In der Spezialdebatte werden die §§ 97 bis 100a nach kurzer Debatte nach Ablehnung einiger Amendements überall nach den Beschlüssen in der zweiten Lesung genehmigt. Zu § 100a, der die Befugnisse der Zinnungen regelt, beantragt Abg. Ackermann, daß künftig nur die Zinnungsmeister Lehrlinge halten dürften, wozu Abg. Löwe (Böhm) einen einschränkenden Zusatz beantragt. Die Abgg. Delbrück und Laster bekämpfen den Antrag Ackermann, ebenso der Abg. Marcard. Der Antrag Ackermann wurde abgelehnt. § 100a wurde mit 120 gegen 115 Stimmen in der Fassung der zweiten Lesung genehmigt. Der Reichstag genehmigte schließlich den Rest der Gewerbenovelle in Gemäßheit der Beschlüsse in der zweiten Lesung, sowie die auf die Errichtung von Gewerbekammern bezüglichen Resolutionen. — Gutem Vernehmen nach entspricht es sowohl den Wünschen des Kaisers wie denjenigen des Kronprinzen, daß die Vorlage betreffend die Errichtung des Reichstagsgebäudes am Königsplatz in Berlin noch in dieser Session an das Haus gelangt. Das Projekt ist augenblicklich der Akademie für das Bauwesen zur Begutachtung unterbreitet worden. — Die von dem Kaiser beschlossene und im April d. J. in das Leben getretene Reorganisation der preussischen Armee im Jahre 1860 und anderer Truppentheile wird den Anlaß zu einer größeren militärischen Feier bilden, wie eine ähnliche seit der Reorganisation der preussischen Armee im Jahre 1860 nicht stattgefunden hat. Es handelt sich um die Beschaffung, Vertheilung und Weihe der Fahnen, welche diesen neuformirten und gleichzeitig drei anderen, bisher nicht im Besitze von Feldzeichen gewesenem Bataillonen in den nächsten Tagen verliehen werden sollen. — Der Kaiser soll, wie man erfährt, am Sonnabend den

11. Juni nach Ems abreisen. — Unter Bezugnahme auf § 37 des Reichs-Militärgesetzes und in Verfolg der Mittheilung vom 22. Mai vorigen Jahres hat der Reichskanzler dem Bundesrath die von dem preussischen bezw. vom bairischen Kriegsministerium aufgestellten Uebersichten der Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäftes im Reichsgebiete für das Jahr 1880 vorgelegt. In den Bezirken des 1. bis 15. Armeekorps wurden in den Listen geführt 1153985 Mann. Davon wurden ausbezogen 123091, und zwar 120938 für das Heer und 2153 für die Flotte; 17061 sind freiwillig eingetreten. Wegen unerlaubter Auswanderung sind im Jahre 1880 10591 von der Landbevölkerung und 319 von der seemannischen Bevölkerung verurtheilt. In den bairischen Ersatzbezirken wurden in den Listen geführt 102894, ausgehoben 17450; es traten freiwillig ein 1706. Wegen unerlaubter Auswanderung wurden 536 Mann verurtheilt.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet: Wegen der aus Peking gemeldeten, am 29. April bei Hongkong durch chinesische Piraten verübten Plünderung der deutschen Bark „Decident“, richtete der kaiserliche Gesandte Brandt die erforderlichen Anträge an die chinesische Regierung und wies das Konsulat Canton an, gemeinsam mit den Landesbehörden, eventuell mit Hilfe eines kaiserlichen Kriegsschiffes die Sache energisch zu verfolgen. — Wie der „Allg. Ztg.“ gemeldet wird, findet heute zu München eine Zusammenkunft von Kommissarien des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und des Reichsamts einerseits und von Kommissarien des bairischen auswärtigen Ministeriums andererseits statt zur Besprechung über schwebende Inzustradierungs- und Tariffragen. — Bei dem gestern zu Ehren der Landesgewerbeausstellung zu Stuttgart in der Wilhelmstraße gegebenen Galadiner brachte der König folgenden Toast aus: „Mein Hoch gilt der gelungenen Ausstellung, unserm lieben Württemberg und Deutschland! Möge Gottes reicher Segen auf ihnen ruhen!“ — Die allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Karlsruhe faßte noch folgende Resolutionen: 1. Die Bildung des Charakters im Kinde ist eine Hauptaufgabe der eigentlichen Schultätigkeit. 2. Der Erzieher bedarf einer gründlichen logisch-psychischen Durchbildung. 3. Logik und Psychologie müssen deshalb im Lehrplan genügend berücksichtigt werden. 4. Es ist eine pädagogische, methodische und nationale Forderung, daß in der deutschen Volksschule von den Lehrern nur in hochdeutscher Sprache unterrichtet werde.

Der österreichische Kronprinz Rudolf und Kronprinzessin Stephanie sind in Prag eingetroffen. Ein offizieller Empfang hat nicht stattgefunden. Die in musterhafter Ordnung in den Straßen zwischen Bahnhof und Hofburg versammelte, Spalier bildende Menschenmenge empfing die hohen Gäste mit enthusiastischen Grüßen. In der Hofburg erfolgte der Empfang durch beide Hofstaaten und den Hofstaat der Kaiserin Maria Anna. Am Abend fand eine Illumination statt, welche äußerst glänzend war. Alle öffentlichen Gebäude, die Brücken, sowie die Privatgebäude waren festlich erleuchtet. Der Kronprinz machte eine einstündige Rundfahrt im offenen Wagen durch die Stadt, überall mit enthusiastischen Zurufen begrüßt. — Aus Salonich, 7. Juni, meldet die „Presse“: In Folge einer Denunziation wurden sämtliche bulgarischen Notablen von Dehrida und Prilep unter der Anschuldigung, daß sie einem revolutionären Komitee angehören, verhaftet.

Die Session der französischen Kammer und des Senates soll vor dem Nationalfeste am 14. Juli geschlossen werden, wenn Alles geht, wie es soll. — Bemerkenswerth ist, daß Gambetta selbst in Cahors Widerstand findet. Die dortigen Republikaner haben es ihm nämlich verübelt, daß er bei seiner Anwesenheit in Cahors aus eigener Machtvollkommenheit und ohne die Wahlkomites der Departements zu befragen, eine Wahlliste aufstellte, an deren Spitze „Er“ sich selbst zu setzen geruhete. Protest gegen diese Anmaßung haben 19 Maires, 5 Arrondissementsräthe, 3 Mitglieder des Handelsgerichts von Cahors und ungefähr 100 Kaufleute, Gutsbesitzer und Notare, die sonst alle Gemeinderäthe sind, erhoben. In ihrer Erklärung sagen sie, daß sie Einspruch erheben gegen ein solches Auftreten, daß Niemand die Befugniß habe, das Recht der republikanischen Wahlkomites an sich zu reißen und daß man